

Bürgergesellschaft und Kommune

Vortrag von Dr. h.c. Herbert Schmalstieg, Oberbürgermeister a. D
der Landeshauptstadt Hannover

Zunächst will ich der Landeshauptstadt Saarbrücken zu ihrem 100. Jubiläum gratulieren. Natürlich weiß ich, dass Saarbrücken viel älter ist. Ich habe es heute selbst sehen können, denn ich habe mir zwei Stunden Zeit genommen, um mir die Stadt anzusehen, habe viele fröhliche und freundliche Menschen getroffen, zum Beispiel in der wunderschönen Ludwigskirche. Dort kam ein junger Mann auf mich zu und sagte: „Es gibt hier Gruppenführungen, aber auch wenn Sie alleine sind, zeige ich Ihnen die Kirche gerne.“ Ich fand das ganz toll, so etwas passiert selten. Ich finde, darauf kann eine Stadt wie Saarbrücken stolz sein.

Ich bin gerne zu Ihnen gekommen, weil das Saarland etwa so groß ist wie die Region Hannover und sich sowohl Hannover als auch Saarbrücken regional organisiert haben, mit allen Stärken und Schwächen. Die Chancen liegen darin, regionale Aufgaben von überörtlicher Bedeutung zu organisieren, aber strikt darauf zu achten, dass alles, was die Gemeinde betrifft, auch Aufgabe der Gemeinde bleibt und nicht von der nächsthöheren Ebene an sich gezogen wird.

Ich bin auch deshalb gerne gekommen, weil ich Ihre Oberbürgermeisterin Charlotte Britz sehr schätze und seit vielen Jahren aus der Zusammenarbeit im Deutschen Städtetag kenne. Ich begrüße es sehr, dass die Stadt Saarbrücken ihr Stadtjubiläum zum Anlass nimmt, mit den Einwohnerinnen und Einwohnern über Formen der Stadtentwicklung zu diskutieren. Und damit bin ich auch schon beim Thema.

Stadtentwicklung ist ohne bürgerschaftliches Engagement weder denkbar noch möglich. Wenn eine Stadtverwaltung die EinwohnerInnen bei wichtigen Entscheidungen einbezieht, dann ist das ein Zeichen von politischer Kultur. Zur Stadtverwaltung gehören für mich nicht nur die Oberbürgermeisterin, der Bürgermeister und die MitarbeiterInnen der Verwaltung, sondern auch die Vertretungskörperschaft, also die Mitglieder des Stadtrates.

Mir wird der Satz zugeschrieben: „Ohne Städte ist kein Staat zu machen“. Das stimmt. Denn die Basis unseres staatlichen Gemeinwesens sind die Städte. Sie existierten schon vor 1000 Jahren, und es wird sie auch noch in 1000 Jahren

geben. Ob das auch für die Länder oder Nationalstaaten gilt, will ich jetzt nicht untersuchen. Ich glaube, dass wir zu viele staatliche Entscheidungsebenen haben. Viele EinwohnerInnen wissen gar nicht, ob der Bund, das Land, Europa oder die Kommune zuständig ist. Und welche Aufgaben innerhalb der Kommune der Region, dem Rathaus und dem Orts- oder Bezirksrat zufallen. Meine Erfahrung ist: Wenn jemand nicht weiter weiß, steht er bei der Bürgermeisterin oder dem Bürgermeister auf der Matte. Und das ist auch gut so. Denn die Menschen wissen, dass man sich – selbst wenn die Kommune nicht zuständig ist – dort um ihr Anliegen kümmern wird.

Wenn ich sage, die Basis unseres Staates sind die Kommunen, dann sage ich auch, dass das Fundament unseres Staates, unserer Kommunen, die Einwohnerinnen und Einwohner sind. Ich scheue mich ein wenig vor dem Begriff „Bürger“, weil er zum Teil auch fehlbelegt ist. Man spricht zum Beispiel von einer „bürgerlichen Koalition“ und schließt dabei alle anderen, die auch Bürgerinnen und Bürger sind, aus. Deshalb ist Bürgergesellschaft für mich ein Thema, bei dem man von den „Einwohnerinnen und Einwohnern“ sprechen sollte. Denn rein verfassungsrechtlich betrachtet sind Bürgerinnen und Bürger nur diejenigen, die das Wahlrecht für die jeweilige Ebene haben. Aber es gibt viele Menschen, die das Wahlrecht nicht haben, aber dennoch Teil unserer Stadtgesellschaft sind.

Heute Abend geht es sicher auch um die Frage: Wie können wir die Menschen einer Stadt, die Stadtgesellschaft, in unsere kommunalpolitischen Entscheidungen einbeziehen? Ich will dazu einige Beispiele geben, zuvor aber noch eine Bemerkung vorausschicken.

Allzu oft wird in solchen Diskussionen das hohe Lied der neuen Beteiligungsformen gesungen. Ich bin sehr für neue, innovative Konzepte zur Einbindung der EinwohnerInnen und auch dafür, lokale Politikkonzepte besser zu vermitteln. Aber ich will auch daran erinnern, dass die kommunale Selbstverwaltung, wenn sie ernst genommen und richtig betrieben wird, bereits eine wichtige, vielleicht sogar die wichtigste Form der Bürgerbeteiligung in unserem Staatswesen ist. Die Mitglieder unserer Stadträte sind ehrenamtlich tätig. Sie vertreten die EinwohnerInnen, müssen sich alle fünf Jahre zur Wahl stellen, Rechenschaft über ihre Arbeit ablegen und sagen, welche Ziele sie für die nächsten Jahre haben. An diesen Bemerkungen erkennen Sie, dass ich ein Verfechter der repräsentativen Demokratie bin. Das heißt: Letztlich muss nach allen Diskussionen und Beteiligungsformen die Vertretungskörperschaft eine Entscheidung treffen.

Aber klar ist auch, dass heute niemand mehr von oben herab regieren oder verwalten kann. Heute kann niemand mehr gegen die Menschen agieren. Und wenn er es macht, ist seine Amtszeit in der Regel relativ kurz.

Zunächst muss sich natürlich jede Gemeinde fragen: Haben wir die Formen der BürgerInnenbeteiligung, die es nach unseren Gemeindeordnungen gibt, eingesetzt oder nicht? Dazu gehören EinwohnerInnenversammlung, Informationen über anstehende Entscheidungen und Einbeziehung der Betroffenen, Mitwirkung von sachkundigen BürgerInnen an Ratsausschüssen, Sprechtag, die Wahl – und damit meine ich Direktwahl – von Seniorenbeiräten und Vertretungen für unsere Migrantinnen und Migranten, sachkundige Begleitung von Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden, Anhörungen, Bürgerbefragungen, Nutzung aller Rechte und Möglichkeiten im Planungsrecht, ausreichende Kompetenzen für Orts- und Bezirksräte, um nur einige Beispiele zu nennen. Natürlich gibt es all diese Möglichkeiten, und sie werden von vielen Städten und Gemeinden genutzt. Doch es kommt auch darauf an, wie wir diese Mittel einsetzen.

Aber wir müssen uns auch überlegen, wie wir Kommunalpolitik interessanter gestalten können. Denn die Menschen in unseren Städten erleben direkt, wie ihre Lebensbedingungen sind, wie die Versorgung mit Bildungseinrichtungen ist, ob die Vereine ausreichend gefördert werden, ob das soziale Klima stimmt und ob sie in der Stadt, in der sie leben, eine Zukunftsperspektive haben.

Mit großem Interesse habe ich das Stadtentwicklungskonzept Saarbrückens gelesen, und ich begrüße es sehr, dass dieses Konzept von allen Fraktionen des Stadtrates gemeinsam verabschiedet worden ist. Das ist wichtig für eine Stadt in einer Zeit, in der wir nicht nur einen demographischen, sondern auch einen demokratischen Wandel beobachten müssen. Oft fällt der Satz „Wir werden älter, weniger und bunter“. Das heißt, es gibt weniger EinwohnerInnen, die Menschen leben länger, und die Zahl der Menschen mit Migrationshintergrund wird größer. Die Städte müssen die Frage beantworten, ob sie genügend Vorsorge für die älter werdenden Menschen getroffen haben, ob sie gerecht und tolerant mit ihren MigrantInnen umgehen, ob die Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge ausreichen oder nicht. Dabei taucht dann oft auch die Frage auf, ob die Städte auf die eine oder andere Einrichtung verzichten oder sie an Private abgeben können und ob das das ehrenamtliche Engagement stärkt oder schwächt. Und das alles vor dem Hintergrund verheerender Kommunalfinanzen und in einer Zeit der schwersten Wirtschaftskrise nach 1949.

Ich will kurz zwei Dinge klarstellen:

Erstens: Ehrenamtliches Engagement ist wichtig und notwendig für unser Gemeinwesen, aber kein Ersatz für Aufgaben, die der Staat zu erfüllen hat oder die die Kommune erbringen muss. Das Ehrenamt kann nur ergänzen.

Zweitens: Nicht nur in Zeiten knapper Finanzen wird immer wieder gesagt: Gebt Aufgaben an Private ab! Aus Zeitgründen kann ich dazu keine längeren Ausführungen machen, will aber feststellen, dass das System der kommunalen Selbstverwaltung darin liegt, dass jeder Stadtrat diese Frage selbst entscheiden muss. Das heißt, es kann Gründe geben, eine kommunale Aufgabe weiter durch eine kommunale Gesellschaft oder aber durch Private ausführen zu lassen. Wozu allerdings ein Zuviel an Marktliberalismus geführt hat, haben wir in der jüngsten Bankenkrise erlebt, die ohne die Eingriffe des Staates noch verheerendere Auswirkungen gehabt hätte.

Kommunale Daseinsvorsorge heißt, da zu sein für die Einwohnerinnen und Einwohner. Das gilt nicht nur für unsere Energieversorgung, die Abfallbeseitigung und die Straßenreinigung. Sondern das gilt auch für den öffentlichen Personennahverkehr, unsere kommunalen Sparkassen, die Krankenhäuser, die Wohnungsversorgung und die öffentliche Kulturpflege. Ich bin froh darüber, dass unsere BürgerInnen bei all diesen Themen sehr sensibel geworden sind. Das zeigen die Beispiele Freiburg, wo über den Verkauf kommunaler Wohnungen diskutiert wurde, und Leipzig, wo sich 87 Prozent der WählerInnen bei einer Wahlbeteiligung von 41 Prozent der Stimmberechtigten gegen die Teilprivatisierung der Stadtwerke, den Verkauf der Wohnungs- und Baugesellschaft, des Klinikums, der Verkehrsbetriebe und anderer Betriebe ausgesprochen haben. Und das zeigt auch der Erwerb von Teilen der „Thüga“ durch kommunale Energieversorger und der Rückkauf von Stadtwerken durch einige Städte.

Wenn ich vorhin auch von einem demokratischen Wandel gesprochen habe, dann deshalb, weil es uns allen große Sorge machen muss, wenn wir die drastisch gesunkenen Wahlbeteiligungen sehen. Beteiligt sich in Niedersachsen 1981 noch 76,2 Prozent (1972 waren es über 80 Prozent) an den Kommunalwahlen, waren es 2006 nur noch 51,8 Prozent. Von der Wahlbeteiligung an reinen Bürgermeister- oder Landratswahlen will ich gar nicht sprechen.

Der Politikwissenschaftler Franz Walter schreibt dazu: „Im Rückgang der Wahlbeteiligung drückt sich seit nunmehr zwei Jahrzehnten signifikant die

soziale Spaltung der Gesellschaft aus. Die Desintegration führt zur Enthaltung bei öffentlichen Angelegenheiten. Man hofft nicht mehr, dass Politik das Schicksal wendet.“

Und eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung hält fest: „68 Prozent der Bevölkerung meinen: Politiker kümmern sich zu wenig um die Sorgen der Bürger.“

Meine Damen und Herren, das stimmt nicht! Aber wenn ein solcher Eindruck da ist, müssen wir das ändern.

Ein guter Ansatzpunkt dazu kann hier in Saarbrücken auch die Diskussion über das Stadtentwicklungskonzept sein. Ich sagte bereits, dass dieses Konzept mich sehr angesprochen hat. Ich komme aus einer Stadt, die eine lange und – wie ich finde – auch erfolgreiche Tradition in der Stadtentwicklungspolitik hat. Unser erstes Stadtentwicklungsprogramm haben wir der Öffentlichkeit bereits 1972 vorgelegt. Natürlich gab es schon vorher Pläne zum Wiederaufbau der im Zweiten Weltkrieg zerstörten Stadt oder eine Schulentwicklungsplanung. Aber dieses 1972er Programm war nach wissenschaftlichen Erkenntnissen, nach Repräsentativbefragungen und Sondererhebungen durch ein eigenes Stadtentwicklungsreferat erarbeitet worden. Alle zehn Jahre wurde es fortgeschrieben oder durch ein neues ersetzt. Das war notwendig, insbesondere nachdem Hannover 1990 den Zuschlag für die Ausrichtung einer Universalweltausstellung, der EXPO 2000, bekam. Wir mussten deutlich machen, dass die Stadtentwicklung nach der EXPO 2000 weiter gehen würde, deshalb ein Programm 2001. Schon vor der EXPO verabschiedete der Rat unserer Stadt das Hannover-Programm 2005 und im Jahr 2005 dann das Programm „Hannover *plus*Zehn“.

Wie Sie hier in Saarbrücken haben auch wir in diesem Programm damals in zehn Punkten die Schwerpunkte der Stadtentwicklung dargelegt. In Ihrem Punkt zwei setzen Sie auf „lebendige Stadtteile“ und zeigen den BürgerInnen Mitwirkungsmöglichkeiten auf. Hannover setzt im Punkt eins auf „bürgerschaftliches Engagement und lebendige Stadtteile“. Also auch hier eine Ideen- und Seelenverwandtschaft zwischen den beiden Städten. Beide Städte zeigen damit, dass sie dort, wo die Menschen leben, die Chance zur Mitwirkung sehen. Nämlich in den Wohnquartieren vor Ort.

Übrigens hatten wir in unserem 1972er Programm nur drei Ziele, natürlich mit vielen Unterzielen. Neben dem weiteren Ausbau der Stadt ging es um die

benachteiligten Bevölkerungsgruppen (damals die Kinder, die Älteren und die Ausländer) und drittens um die Bürgerbeteiligung.

Damals wie heute wurde deutlich: Demokratische Teilhabe ist ein fester Bestandteil der Entwicklung unserer Stadt. Denn die Menschen sind es, die die Stadt prägen, die mit ihrer Art zu leben das Gesicht der Stadt gestalten. Wir müssen auf die Menschen setzen, sie sollen bei politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Entscheidungen mitmachen. Das Gemeinwesen einer Stadt ist nur tragfähig, wenn die Menschen an „ihrer“ Stadt Interesse zeigen, ihre Vorstellungen äußern und sich engagieren. Aber gesellschaftliche Beteiligung und Engagement machen nur Spaß, wenn auch etwas gestaltet oder verändert werden kann.

Deshalb muss man auf drei Dinge achten:

Man muss die EinwohnerInnen ernst nehmen, man muss zuhören können, das Engagement würdigen und trotz oder gerade wegen der schwierigen Finanzlage Engagement fördern: bei der Gestaltung von Spielräumen, Stadtteilplätzen oder Jugendtreffs, durch Unterstützung von Netzwerken für Bürgermitwirkung, von Elterninitiativen bei Kinder- und Schülerbetreuung, Migrantearbeit oder auch die Einrichtung von Seniorenbüros. Wir brauchen Einrichtungen, an die sich die Menschen wenden können.

Wir fördern zum Beispiel ein Freiwilligenzentrum mit Büroräumen mitten in unserer Stadt. Denn es gibt Menschen, die etwas tun wollen, aber nicht wissen, an wen sie sich wenden können. Im Freiwilligenzentrum sitzen Ehrenamtliche, die diese Menschen beraten und ihnen sagen, wo sie sich engagieren können.

Bevor ich zu Einzelbeispielen der BürgerInnenbeteiligung komme, will ich noch einigen Fragen nachgehen: Wie vielen Menschen ist es überhaupt wichtig, sich an den Entscheidungen in der Stadt zu beteiligen? Welche Erfahrungen haben sie dabei gewonnen? Wie viele Menschen engagieren sich überhaupt ehrenamtlich, und wenn ja, wo?

Im Rahmen einer Repräsentativerhebung, die wir in Hannover regelmäßig durchführen, sagten auf die Frage, wie wichtig ihnen das Angebot der Stadt sei, sich an Planungen, Maßnahmen und Projekten der Landeshauptstadt Hannover zu beteiligen, 42 Prozent der Befragten, eine Beteiligung sei ihnen wichtig. 30 Prozent gaben an „nicht so wichtig“, und 28 Prozent gaben eine neutrale Antwort. Interessant war, dass bei den Befragten die bekanntesten Beteiligungsformen die Bürgersprechstunde und die Wohnerversammlungen

waren. Fragte man nach den gemachten Erfahrungen, sagten nur fünf bis sechs Prozent, dass sie sich bereits einmal beteiligt hätten. Und auf die Frage, ob sie sich vorstellen könnten, sich zu beteiligen, antworteten nur 12 Prozent mit ja, 45 Prozent mit nein und 42 Prozent mit möglicherweise.

Ein anderes Bild ergibt sich bei der Ausübung von Ehrenämtern: 15 Prozent der Befragten gaben an, ehrenamtlich tätig zu sein, 18 Prozent waren es früher, 67 Prozent hatten sich noch nie engagiert. In absoluten Zahlen sind in Hannover rund 75.000 Menschen ehrenamtlich oder im Selbsthilfebereich tätig. 32 Prozent im sportlichen Bereich, 31 im sozialen und 24 Prozent im kirchlich-religiösen Bereich. 78 Prozent der Ehrenamtlichen waren mit ihrer Tätigkeit zufrieden.

Betrachten wir diese Zahlen, gibt es noch viel zu tun. Es gilt, Menschen für das Ehrenamt zu gewinnen. Und wenn wir Vertrauen gewinnen oder zurückgewinnen wollen, müssen wir die Menschen in unseren Städten für eine aktive Mitarbeit und Begleitung unserer politischen Arbeit gewinnen.

Nun zu einigen konkreten Beispielen aus Hannover, wobei ich sicher bin, dass es hier in Saarbrücken und in anderen Städten ähnliche Aktivitäten gibt.

In unserem Programm „Hannover *plus*Zehn“ setzen wir darauf, die Zahl der EinwohnerInnen zu steigern, die sich bürgerschaftlich engagieren. Durch Aktionen zum Mitmachen, Zertifizierungen, Öffentlichkeitskampagnen und die Entwicklung von speziellen Qualifizierungsangeboten haben wir die Bevölkerung angesprochen und motiviert. Unter dem Motto „Freiwillig in Hannover“ wurde ein Netzwerk Bürgermitwirkung geschaffen. Dazu gehören eine Freiwilligenbörse und ein von der Stadt mitfinanziertes Freiwilligenzentrum.

Die Förderung des Stiftungsgedankens durch Stiftungstage und Veröffentlichungen von Wegweisern führte zu Gründungen von Stiftungen und zur Vernetzung von Stiftungen. Unternehmen wurden gewonnen für bürgerschaftliches Mitwirken im Sinne von Corporate Citizenship. Unternehmen kooperieren mit Bildungseinrichtungen, engagieren sich für das Stadtmarketing oder für die kommunale Wirtschaftsförderung, unsere Stadtwerke geben für eine Klima-Agentur jährlich fünf Millionen Euro.

Wir haben eine Marketinggesellschaft organisiert, weil es ja auch darum geht, Unternehmen an einem Engagement für die Stadt zu beteiligen. Wir gründeten also eine Marketinggesellschaft, 50 Prozent des Kapitals stellte die Stadt, 50 Prozent die führenden Unternehmen Hannovers. Der Aufsichtsrat bestand aus

vier Personen, dem Wirtschaftsdezernent, dem Oberbürgermeister und zwei Vertretern der Wirtschaft.

In einer Wirtschaftsförderungsgesellschaft stellten Stadt und Region je zur Hälfte das Kapital und trugen die Kosten für Aufwand und Maßnahmen. Der Aufsichtsrat bestand aus vier Personen, zwei aus der Wirtschaft, dem Oberbürgermeister und dem Regionspräsidenten. Vorsitzender des Aufsichtsrats war ein Vertreter der Wirtschaft.

Zu lebendigen Stadtteilen gehört, dass sich die Stadtteilbewohner mit ihrem Stadtteil identifizieren. Für jeden einzelnen Stadtteil wurde unter dem Gesamtslogan „Hannover heißt zuhause“ ein eigener Slogan entwickelt, zum Beispiel „Schöne Ecken sind in Stöcken“ oder „Nach Döhren gehören“. Zusammen mit den Geschäftsleuten, den Vereinen und Organisationen im Stadtteil, dem Bezirksrat und allen Interessierten gab es Veranstaltungen und Feste. Ein Stadtplatzprogramm „Hannover schafft Platz“ brachte unter Beteiligung der AnwohnerInnen den Umbau der Stadtteilplätze, die zum Teil noch den Charme der 1950er Jahre hatten. Das war ein riesiges Programm, alles mit Beteiligung der Bevölkerung, die Alternativpläne vorlegen konnte und dazu eine planungsanwaltschaftliche Beratung bekam.

Weitere Maßnahmen waren die Fortführung von Elternwerkstätten, die Gewinnung von Schülerinnen und Schülern als Mentoren und Paten in der Schule, Patenschaften für die Pflege von Grünanlagen, Bäumen und Parks, Einwohnerversammlungen, Aufräumaktionen und vieles mehr.

Dazu gehört natürlich auch, jungen Menschen Abläufe kommunaler Politik nahe zu bringen, etwa durch Planspiele, Rathauerkundigungen, Wettbewerbe oder Förderung internationalen Jugendbegegnungen. Hier haben wir als Friedensstadt und Partnerstadt von Hiroshima eine besondere Verpflichtung.

Eine weitere wichtige Frage, die sich stellt, lautet: Wie organisieren wir unsere Seniorinnen und Senioren? Seit 1975 wird in Hannover alle vier Jahre ein Seniorenbeirat direkt gewählt von allen Menschen, die älter als 60 Jahre sind. Der Seniorenbeirat hat eine eigene Geschäftsstelle und zusätzliche Büros in einzelnen Stadtteilen.

Es kommt immer auch darauf an, wie man Mittel und Maßnahmen nutzt, die es nach 1972 im Städtebauförderungsgesetz gab, was heute mit den Sanierungsbeiräten in dem Projekt Soziale Stadt fortgesetzt wird. Für uns war es seit 1972 immer eine Philosophie, diese Beiräte paritätisch zusammenzusetzen:

50 Prozent aus Rat oder Bezirksrat, 50 Prozent aus der Einwohnerschaft. Das ist manchmal nicht einfach, trägt aber dazu bei, dass die Menschen diese Beiräte akzeptieren.

Als letztes Beispiel will ich die BürgerInnenbeteiligung zur EXPO 2000 nennen. Wie gesagt erhielt Hannover 1990 den Auftrag, die EXPO 2000 zu veranstalten. Es gab in der Stadt großen Widerstand gegen diese Weltausstellung, obwohl mit Ausnahme der Grünen alle Parteien dafür waren. Zu der damaligen Zeit gab es nach der Niedersächsischen Gemeindeordnung weder Bürgerbegehren noch Bürgerentscheide. Dennoch entschied sich die Stadt, die EinwohnerInnen zu befragen. Es gab 1992 eine Totalbefragung aller Einwohnerinnen und Einwohner, auch derjenigen, die nicht die deutsche Staatsbürgerschaft hatten. Im Vorfeld der Befragung gab es eine Vielzahl von öffentlichen Veranstaltungen, von der Stadt organisiert, aber auch von der Anwaltsplanung. Ein Experiment, das gerade noch gut ging. Bei einer Wahlbeteiligung von über 60 Prozent entschieden sich 51,5 Prozent für und 48,5 Prozent gegen die EXPO. Interessant ist, dass in den bürgerlichen Stadtteilen, in denen die soziale Frage sozusagen geklärt war, und in den Gebieten mit einer hohen Zahl von Studierenden, die Mehrheit gegen die EXPO war, während in Stadtteilen mit sozialen Brennpunkten und in Stadtteilen, in denen vorwiegend Arbeitnehmer zuhause waren, mehrheitlich für die EXPO votiert wurde. Eine Mehrheit gab es auch bei den nichtdeutschen EinwohnerInnen. Die haben uns gerettet. Sonst hätten wir eine Situation gehabt wie die Stadt Wien. 1995 sollte in Wien und Budapest eine EXPO stattfinden. Aber dort war die große Mehrheit dagegen, und die EXPO konnte nicht durchgeführt werden.

Im Jahr 2003 führte die Stadt Hannover erneut eine Bürgerbefragung durch. Es ging damals um die Einrichtung einer Fußgängerzone in einem Stadtteil. Die Mehrheit war dafür, obwohl es zu dieser Frage eine höchst kontroverse öffentliche Diskussion gab. Die Minderheit im Rat der Stadt forderte mich auf, mich über das Votum der Bürger hinweg zusetzen. Natürlich tat ich das nicht. Auch aus den Erfahrungen mit der EXPO-Abstimmung. Diese gab mir und dem Rat nämlich eine besondere und zusätzliche Legitimation, wichtige Entscheidungen zur EXPO und damit für die Zukunft unserer Stadt zu treffen.

Im Übrigen muss man beim „Bürgerwillen“ sehr aufpassen, auch bei der Beteiligung der Einwohnerinnen und Einwohner. Oft beteiligen sich die Menschen erst dann oder nur dann, wenn es um ihr unmittelbares Umfeld oder um die eigenen Interessen geht. Hier könnten Sie sicher auch aus Saarbrücken Beispiele nennen. Ich will zwei aus Hannover nennen:

1976, unmittelbar vor einer Kommunalwahl, musste der Rat unserer Stadt zwei Entscheidungen treffen. In der Nähe des Volkswagenwerkes in Hannover sollte ein Wohnheim für ausländische Arbeitnehmer der Volkswagen AG gebaut werden. Die Stadt wollte die planungsrechtlichen Voraussetzungen schaffen, die Nachbarn im Stadtteil waren dagegen, die Opposition schloss sich dem an.

In einem anderen Stadtteil sollte eine Kindertagesstätte gebaut werden. Der einzige mögliche Standort für die Kita war ein Grundstück in einem größeren Innenhof eines Wohnblocks. Gleiche Situation: Offenbar waren die Bewohner des Wohnblocks nie Kinder gewesen; sie waren gegen die Kita, die Opposition auch.

Die Mehrheit des Rates hat in dieser Situation Flagge gezeigt und beiden Projekten zugestimmt – und das vier Wochen vor einer Kommunalwahl. Die Kita wurde gebaut, VW verzichtet aus Kostengründen später auf den Bau des Heims.

Ganz aktuell geht es in Hannover zurzeit um die Ansiedlung eines Forschungslabors der Firma Boehringer in der Nähe unserer Tierärztlichen Hochschule. Trotz umfangreicher Informationen gab es erhebliche Proteste aus dem bürgerlich geprägten Stadtteil. Trotz Grundstücksbesetzungen durch Tierschützer und Übergriffe auf städtische und private Gebäude hat der Rat der Stadt mit großer Mehrheit die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Ansiedlung des Unternehmens beschlossen.

Mit diesen Beispielen will ich deutlich machen, dass Bürgerbeteiligung für mich zwar Teil einer politischen Kultur ist, dass aber letztendlich die gewählten VertreterInnen einer Stadt im Rahmen der repräsentativen Demokratie entscheiden müssen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch einmal sagen: Ohne bürgerschaftliches Engagement ist kein Staat zu machen. Aber ohne den Staat, ohne die öffentliche Daseinsvorsorge des Staates, insbesondere der Städte, geht es auch nicht.

Wir wollen erreichen, dass Menschen sich mehr engagieren. Und es ist gut, wenn sich Menschen mit Zeit und Geld zunehmend auch dort engagieren, wo die öffentliche Hand sich aus freiwilligen Leistungsbereichen aus finanziellen Gründen zurückzieht oder zurückziehen muss. Aber ich bleibe dabei: freiwilliges Engagement kann die Aufgaben des Staates nicht ersetzen, sondern

nur ergänzen. Übrigens würde ein Ersetzen gleichbedeutend mit weniger Gestaltungsmacht der öffentlichen Hand sein.

Aber wir dürfen nicht vergessen, dass es vorwiegend die Menschen mit Bildung sind, die sich am stärksten an der Gesellschaft beteiligen. So bleibt bei aller Euphorie über wachsendes bürgerschaftliches Engagement die ernüchternde Feststellung, dass große Teile der Bevölkerung an diesen Aktivitäten nicht teilnehmen, nicht teilnehmen können oder nicht teilnehmen wollen.

Deshalb müssen wir uns überlegen, wie wir auch diejenigen zur Mitwirkung bewegen können, die aus den sogenannten bildungsfernen Schichten kommen. Spätestens an dieser Stelle ist es wieder die Aufgabe des Staates und mit ihm unserer Städte, sich – in welcher Form der Daseinsvorsorge auch immer – um die Schwächsten in unserer Gesellschaft zu kümmern.

Vielleicht ist gerade dies bei allen Zukunftsdiskussionen der wichtigste Aspekt: Wie können wir wirklich mehr demokratische Teilhabe erreichen?